

BDEW zur Weiterentwicklung der Elektromobilität:

Bundesregierung darf Aufbau einer öffentlichen Ladeinfrastruktur nicht vernachlässigen

BDEW-Vorschlag für 10.000 neue öffentliche Elektro-Ladesäulen / Gemeinsame Anstrengung zwischen öffentlicher Hand und Wirtschaft notwendig

Berlin, 17. September 2015 – „Das Ziel der Bundesregierung, bis zum Jahr 2020 eine Million Elektroautos auf die Straße zu bringen, wird ohne den Aufbau einer öffentlichen Ladeinfrastruktur nicht gelingen. Die Energiewirtschaft ist bei dem auf absehbare Zeit noch defizitären Infrastrukturaufbau erheblich in Vorleistung gegangen. Der weitere Ausbau in diesem Segment wird jedoch nur in einer gemeinsamen Anstrengung zwischen öffentlicher Hand und Wirtschaft zu bewältigen sein. Der BDEW hat hierzu einen Vorschlag erarbeitet, der den Aufbau von 10.000 zusätzlichen Ladesäulen vorsieht“, sagte Roger Kohlmann, Mitglied der BDEW-Hauptgeschäftsführung, heute anlässlich der Eröffnung der Internationalen Automobilausstellung (IAA) in Frankfurt am Main.

„Wenn die Bundesregierung ernsthaft eine nachhaltige und klimafreundliche Mobilität in Deutschland aufbauen will, muss sie zeitnah neben der Schnellladeinfrastruktur insbesondere ein Netz öffentlich zugänglicher Normalladesäulen realisieren. Fahrzeuge und Infrastruktur sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Der Vorschlag der Energiewirtschaft für ein partnerschaftliches Finanzierungsprogramm liegt auf dem Tisch. Jetzt ist es an der Bundesregierung bei der Ladeinfrastruktur und somit auch bei der Elektromobilität insgesamt den Anschluss nicht zu verlieren“, sagte Kohlmann.

Das 10.000-Säulen-Programm des BDEW soll insbesondere dazu beitragen, dass in den kommenden zwei Jahren eine Grundausstattung an öffentlich zugänglichen Normalladesäulen aufgebaut wird. Dies ist für Nutzer ohne regelmäßigen Stellplatz mit Lademöglichkeit relevant oder wenn der Kunde ad hoc sein Fahrzeug laden möchte. Die Gesamtkosten des Programms beliefen sich auf rund 100 Millionen Euro und sollten auf Wirtschaft und öffentliche Fördergeber verteilt werden.

**BDEW Bundesverband
der Energie- und
Wasserwirtschaft e. V.**
Reinhardtstraße 32
10117 Berlin

Bereich Kommunikation
Sandra Rahmlow
Redaktion Fachpresse
Telefon
+49 30 300199-1163
Telefax
+49 30 300199-4190
presse@bdew.de
www.bdew.de